

A N T W O R T

zu der

Anfrage der Abgeordneten Barbara Spaniol (DIE LINKE.)

betr.: Verurteilungsrates bezüglich der Delikte im Sexualstrafbereich

Vorbemerkung der Fragestellerin:

„Eine bundesweite Analyse des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen (KFN) unter Leitung von Prof. Dr. Christian Pfeiffer zur Strafverfolgung von Vergewaltigern deutet auf sehr bedenkliche Fakten hin, welche die Beratungsstelle für vergewaltigte und misshandelte Frauen, der Frauennotruf Saarland, seit längerem beobachtet: Wurden vor 20 Jahren noch in 21,6 Prozent angezeigter Vergewaltigungen verurteilt, so waren es 2012 nur noch 8,4 Prozent. Dabei würden erhebliche regionale Unterschiede deutlich, welche aber in der Untersuchung nicht näher ausgeführt werden.“

Vorbemerkung Landesregierung:

Die zur Beantwortung der Anfrage beigefügten tabellarischen Übersichten sind mit Hilfe statistischer Daten erstellt worden, die auf Justizseite bundeseinheitlich erhoben werden, da nur diese Statistiken die Einleitungen strafrechtlicher Ermittlungsverfahren durch die Staatsanwaltschaft als „Herrin des Ermittlungsverfahrens“ sowie die Einstellungen dieser Verfahren ausweisen und sich eine Einstellungsquote begrifflich nur aus dem Verhältnis der Verfahrenseinleitungen zu den Verfahrenseinstellungen errechnen lässt. Da nach den „Delikten im Sexualstrafbereich“ gefragt wurde, beziehen sich die nachfolgenden statistischen Angaben auf sämtliche Delikte des Dreizehnten Abschnitts des Strafgesetzbuches („Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung“). Allerdings dürfte die Aussagekraft der beigefügten tabellarischen Übersicht aus den nachfolgenden Gründen, die in der Natur der Sache liegen, beschränkt sein. Statistische Daten zu Verfahrenseinstellungen strafrechtlicher Verfahren werden nur in der StA – Statistik erfasst, so dass die nachfolgenden tabellarischen Übersichten sich nur auf die Verfahrenseinstellungen bei der Staatsanwaltschaft Saarbrücken beziehen und etwaige im Erhebungszeitraum nach Anklageerhebung seitens der zuständigen saarländischen Gerichte erfolgte Verfahrenseinstellungen nicht ausweisen.

Ausgegeben: 15.09.2014 (23.07.2014)

Noch bedeutsamer ist indes der Aspekt, dass die Statistik nur die in einem Kalenderjahr erfolgten Verfahrenseinleitungen und -einstellungen erfasst, wobei die in einem bestimmten Kalenderjahr erfassten Verfahrenseinstellungen sich naturgemäß nicht auf Verfahren beziehen müssen, die im gleichen Kalenderjahr eingeleitet worden sind. Vielmehr wird je nach dem Zeitpunkt der Verfahrenseinleitung im Kalenderjahr und der Dauer eines Ermittlungsverfahrens sowie unter dem Gesichtspunkt, ob zu Beginn der Verfahrenseinleitung bereits der/die Beschuldigte bekannt war oder noch eine Täterermittlung erfolgen musste, ein nicht unerheblicher Teil der in einem bestimmten Kalenderjahr eingeleiteten Ermittlungsverfahren erst in einem Folgejahr abgeschlossen, d.h. eingestellt oder gerichtshängig gemacht werden. Schließlich ist noch anzumerken, dass in der StA – Statistik eine Erhebung mit Sachgebietstabellen und damit auch zum Sachgebiet „Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung“ erst seit dem Jahr 2004 erfolgt, so dass Daten zu dem Zeitraum von 1994 – 2003 nicht vorgelegt werden können.

Wie hoch ist die Einstellungsquote bezüglich der Delikte im Sexualstrafbereich im Saarland (bitte seit 1994 chronologisch darstellen) und welche Gründe führten zu Verfahrenseinstellung?

Zur Frage:

Tabelle 1 stellt die Neuzugänge an Ermittlungsverfahren und die Zahl der jeweils erstellten Einstellungen kalenderjährlich gegenüber und ermittelt hieraus eine rechnerische Einstellungsquote. Auf die Ausführungen in der Vorbemerkung wird verwiesen.

Tabelle 2 schlüsselt die in jedem Jahr erfolgten Einstellungen nach Einstellungsgründen auf.

Tabelle 1

Jahr	Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung		
	Neuzugänge	Einstellungen	Einstellungsquote
2004	596	371	62,25
2005	609	396	65,02
2006	492	348	70,73
2007	429	303	70,63
2008	408	258	63,24
2009	420	266	63,33
2010	434	284	65,44
2011	438	254	57,99
2012	390	278	71,28
2013	366	210	57,38

Tabelle 2

Art der Einstellung	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Einstellung mit Auflage nach § 153 a StPO	1	5	3	4	0	2	3	4	4	3
Einstellung mit Auflage nach § 37 Abs.1 bzw. § 38 Abs. 2 i. V. m. § 37 Abs. 1 BtMG	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einstellung nach § 45 JGG	4	3	7	6	7	5	4	0	6	
Einstellung wegen Geringfügigkeit (§ 153 Abs. 1 StPO)	11	13	30	16	7	6	7	5	8	10
Einstellung nach § 153 b Abs. 1 StPO, da die Voraussetzungen für ein Absehen von Strafe vorliegen	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Einstellung bei Auslandstat (§ 153 c StPO)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einstellung bei unwesentlicher Nebenstraftat (§ 154 Abs. 1 StPO)	31	22	22	16	11	14	13	13	11	11
Einstellung bei Auslieferung oder Ausweisung des Beschuldigten (§ 154 b Abs. 1 bis 3 StPO)	1	0	0	0	0	0	1	1	0	0
Einstellung bei Opfer einer Nötigung oder Erpressung (§ 154 c StPO)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Fristbestimmung zur oder Einstellung wegen Klärung einer Vorfrage (§ 154 d StPO)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einstellung wegen Abwesenheit des Beschuldigten oder wegen eines anderen in der Person liegenden Hindernisses (§ 154 f. StPO)								5	4	8
Einstellung nach § 31 a Abs. 1 BtMG	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einstellung wegen Schuldunfähigkeit § 20 StGB	1	1	1	0	0	0	1	7	7	1
Einstellung nach § 170 Abs. 2 StPO	306	335	275	251	229	236	250	217	237	177
sonstige (vorläufige) Einstellung	16	17	10	8	4	3	5	2	1	0
Summe	371	396	348	303	258	266	284	254	278	210